

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

4.12.1929 (No. 283)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Klenz, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Kasserrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstehende Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwingender Vertreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralfachregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Austritte bei den Deutschnationalen

Auch Minister a. D. Reubell

RDJ. Berlin, 4. Dez. (Tel.) Der Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Lejeune-Jung erklärt zu seinem Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei: „Trotz der Ergebnisse, die sich im letzten Jahre in der Deutschnationalen Volkspartei, insbesondere in der Konfessionsfrage, abgespielt, habe ich es bisher für meine Pflicht gehalten, im Interesse der vaterländischen Sache in der Partei auszuhalten, in der Hoffnung, neue Möglichkeiten für ein überzeugtes und freudiges Mitarbeiten auch für die katholischen Mitglieder der Partei wieder zu schaffen. Hierzu veranlaßte mich nicht zum wenigsten auch die durch langjährige Arbeit in der Partei unter der Führung von Bergt und Graf Westarp nur gestärkte Überzeugung, daß zwischen dem positiv-evangelischen und dem katholischen Volksteil eine schicksalsbestimmte Abwehr- und Angriffsgemeinschaft gegenüber dem geschehenden Zeitgeist besteht. Heute habe ich die schmerzliche Gewißheit, daß sich diese Schicksalsgemeinschaft, das sich überhaupt christlich-konservative Weltanschauung unter dem jetzigen Parteivorstand in der Deutschnationalen Volkspartei nicht mehr in der erforderlichen Freiheit auswirken kann. Aus diesen Gründen habe ich mich mit dem Reichstagsabgeordneten Treviranus solidarisch erklärt, und meinen Austritt aus der Partei und der Fraktion vollzogen.“

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete von Lindener-Wildau hat heute vormittag in einem Schreiben an den Fraktionsvorsitzenden, Grafen Westarp, gleichfalls seinen Austritt aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion erklärt. Entsprechende Schritte der Partei gegenüber behält er sich vor, nachdem er sich mit seinem Wahlkreis in Verbindung gesetzt hat. Die Wahlkreisleitung Helsen-Krauß ist sofort vom Abgeordneten von Lindener-Wildau um die Einberufung einer Vertrauensmännerversammlung ersucht worden.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schlang-Schöningen hat folgenden Brief an den Fraktionsvorsitzenden, Graf Westarp, geschrieben:

„Hochverehrter Herr Graf! Nachdem die Entwicklung der Deutschnationalen Partei in den letzten Monaten einen Weg genommen hat, von dem ich nicht glauben kann, daß er uns unsere nationalen Ziele näher führt, und nachdem ich die Überzeugung gewinnen mußte, daß auf diese Weise meinem am sein Leben kämpfenden landwirtschaftlichen Berufsstande, ohne dessen Rettung es keinen deutschen Wiederaufbau gibt, keine wirklich praktische, schnelle Hilfe geleistet werden kann, scheidet ich hiermit aus der Fraktion aus. In unveränderter persönlicher Verehrung Ihre sehr ergebener ...“

Der Abg. Treviranus begründet seinen Austritt aus der Deutschnationalen Partei in einem Brief an den Fraktionsvorsitzenden, Grafen Westarp, in welchem er dankbar anerkennt, daß die Reichstagsfraktion unter erschwerten Umständen versucht habe, ihm ein Verbleiben in der Partei und in der Fraktion zu ermöglichen. Der Parteivorstand habe jedoch den Entschluß zu einer Klärung nicht gefunden, damit seien für ihn, Treviranus, die sachlichen und menschlichen Voraussetzungen für seine weitere Mitarbeit unter der heutigen Leitung der Partei fortgefallen.

Wie wir erfahren, hat auch der frühere Reichsinnenminister und deutschnationale Abgeordnete von Reubell in einem Schreiben an den Fraktionsvorsitzenden seinen Austritt erklärt.

Im Reichstag fand im Laufe des heutigen Vormittags eine Besprechung von Deutschnationalen und ausgeschiedenen Abgeordneten statt, an der u. a. teilnahmen die Abgeordneten Dr. Klönne, Dr. von Bergt, Schlang-Schöningen, von Lindener-Wildau, Behrens, Dr. Mumm, Fromm, Dr. Straßmann, Leopold, Dr. Rademacher, Schiele, der frühere Minister Koch und einige deutschnationale Landtagsabgeordnete, darunter der Abgeordnete Rippel.

RDJ. Berlin, 4. Dez. (Tel.) Die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Köhler, Mumm und Behrens sind gleichfalls aus der Fraktion ausgetreten.

Änderung der Reichstagsgeschäftsordnung?

Innerhalb des Geschäftsordnungsausschusses des Reichstags sind, wie der „Dem. Zeitungsd.“ mitteilt, Erörterungen im Gange, die eine Änderung oder eine Interpretation der Geschäftsordnung des Reichstags über einzelne strittige Punkte zum Ziele hat. Dabei handelt es sich im besonderen um die Frage der Abstimmungen der Vertrauens-, Billigungs- oder Mißtrauensvoten. Bei diesen Erörterungen soll geklärt werden, welches Votum den Vorrang in der Abstimmung hat, das Billigungs- oder das Vertrauensvotum. Bei den bisherigen Verhandlungen ist vorgeschlagen worden, daß die Mehrheit darüber beschließen soll, welcher Antrag zuerst zur Abstimmung gelangen soll. Es ist weiter vorgeschlagen worden, denjenigen Antrag zuerst zur Abstimmung zu bringen, der die größte Zahl der Unterschriften aufweist.

Schließlich ist noch erörtert worden, die Zahl der Unterschriften für ein Mißtrauensvotum dergestalt zu erhöhen, daß nicht, wie bisher, 15 Abgeordnete ein Mißtrauensvotum einbringen können, sondern daß dafür 50 Unterschriften beigebracht werden müssen.

Länderkonferenz verlagt. Infolge Erkrankung einiger Mitglieder der Länderkonferenz hat der Reichsminister des Innern die auf den kommenden Samstag anberaumte Sitzung der vereinigten Unterausschüsse der Konferenz verlagt.

Die Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg. Der Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg im Rechnungsjahr 1929 bis Ende Oktober 1929 zeigt im ordentlichen Haushalt eine Mehrausgabe von 10 800 000, im außerordentlichen Haushalt eine solche von 1 141 000 RM.

Letzte Nachrichten

Die Forderungen der Saarbevölkerung für ungeschmälerte Rückkehr zum Reich

RDJ. Saarbrücken, 4. Dez. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Landesrates gab der Zentrumsvizepräsident Lebacher für alle Parteien, mit Ausnahme der beiden kommunistischen, eine Erklärung ab, in der der Beginn der Saarverhandlungen begrüßt und die dringende Erwartung ausgedrückt wird, daß diese Verhandlungen, dem einmütigen Willen der Bevölkerung entsprechend, bald zu einem positiven Ergebnis führen werden. Die Erklärung faßt nochmals die Hauptforderungen der Bevölkerung des Saargebietes in unabweisbarer Form zusammen:

1. Das ganze Saargebiet muß ohne jede Schmälderung zurück zum Deutschen Reich.
2. Alle Gruben und Kohlenvorkommen müssen dem preussischen und dem bayerischen Staat zurückgegeben werden.
3. Eine Beteiligung inländischer oder ausländischer Privatkapitals an den Gruben des Saargebietes muß ausgeschlossen bleiben.
4. Die Stichbahnen der ehemaligen Reichsbahn Esch-Löhringen müssen zurück in den Besitz des Deutschen Reiches.

Der Landesrat fordert, daß die Rückgabebedingungen so gestaltet werden, daß sowohl die Lebenssicherung der Gruben und der übrigen Wirtschaft wie auch die der ganzen Saarbevölkerung vollauf gewahrt wird. Der einmütige Wille der ganzen Saarbevölkerung ist jetzt, daß nur gemäß diesen Forderungen die frühere Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reich erfolgen darf.

Die beiden kommunistischen Parteien gaben ebenfalls eine Erklärung ab, wobei bemerkenswert ist, daß die der kommunistischen Opposition auch mit den Worten beginnt, daß das Saargebiet ungeschmälert zum Deutschen Reich zurück muß.

Der Ladenschluß am Weihnachtsabend

RDJ. Berlin, 4. Dez. (Tel.) Nach einem Beschluß des Reichstagsausschusses für soziale Angelegenheiten dürfen am Heiligen Abend offene Verkaufsstellen nur bis 5 Uhr, Lebensmittelgeschäfte und Blumengeschäfte sowie Genußmittelgeschäfte bis 6 Uhr geöffnet sein.

Die Annahme des Gesetzesentwurfs erfolgte mit 18 gegen 9 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Gegen das Gesetz stimmten einige Mitglieder der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei sowie die Vertreter der Wirtschaftspartei. Der Stimme enthielt sich ein Mitglied des Zentrums. Außerdem wurde eine Entschließung des Abg. Mumm angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, unverzüglich ihre Verwaltungen anzuweisen, etwaige Lohnzahlungen und Ausschüttungen anlässlich des Weihnachtsfestes nicht am 24. Dezember, sondern an den vorhergehenden Tagen vorzunehmen. Auch möge die Reichsregierung in diesem Sinn auf die Länderregierungen einwirken.

Der Vorschlag bei der Internationalen Bank

RDJ. New York, 4. Dez. (Tel.) Jackson Reynolds, der mit dem Dampfer „Isle de France“ hier eintraf, erklärte die Gründe für unzutreffend, wonach er Vorsitzender der Internationalen Bank werde, falls dies gegündet würde. Er fügte hinzu, er werde die Annahme des Vorschlages ablehnen, wenn er ihm, was bisher nicht der Fall gewesen sei, angeboten würde.

Die Einteilung des Schuljahres

Zahlreiche Erörterungen in der Presse haben sich in den letzten Monaten mit der Einteilung des Schuljahres und der Ferienordnung für die Schulen beschäftigt. Da die derzeitige Regelung des Schulbeginns auf Vereinbarungen der Unterrichtsverwaltungen beruht, die in den Jahren 1921 und 1922 unter der Führung des Reichsministeriums des Innern abgeschlossen wurden, hat der Reichsminister des Innern in der letzten Sitzung des Ausschusses für das Unterrichtsverfahren die genannten Fragen zur Sprache gebracht. Im Anschluß daran hat er nunmehr in einem eingehenden Schreiben an die Unterrichtsverwaltungen eine Reihe von Gesichtspunkten hervorgehoben, die bei der Festlegung der Ferien und des Schuljahresbeginns Beachtung verdienen und die Absicht ausgesprochen, den ganzen Fragekreis nach der erforderlichen Vorbereitung in einer Sitzung des Ausschusses für das Unterrichtsverfahren zur Erörterung zu stellen, damit bei einer etwaigen Neuordnung die notwendige Einseitigkeit für das ganze Reichsgebiet gewahrt bleibt.

Die deutschstämmigen Flüchtlinge aus Rußland. Im ganzen sind jetzt in Deutschland 1331 deutschstämmige russische Kolonisten, davon 823 in Hamburg, die anderen teils noch in Eptkufunen, teils schon in Hammerstein. Das Lager in Hammerstein wird für alle Transporte nicht ausreichen, da insgesamt etwa 5000 Personen zu erwarten sind. Man wird gezwungen sein, dann nach Molln und Prenzlau hinzuzuziehen. Ministerkonferenz beim Reichsernährungsminister. In den nächsten Tagen findet beim Reichsernährungsminister Dietrich eine Konferenz der Landwirtschaftsminister der Länder statt. Zur Beratung steht die neue Zollvorlage, sowie neben Steuer- und Kreditfragen die Erörterung der Produktions- und Abfallprobleme.

* Die Krisis in der Deutschnationalen Volkspartei

Im politischen Leben ist es halt so, daß der Erfolg das letzte und wichtigste Urteil über die Güte einer Unternehmung ausspricht. Es wäre ja auch sehr schwer, schon vorher ein solches Urteil zu bilden, da erstens in allen politischen Dingen die Meinungen über die Zweckmäßigkeit irgendwie auseinandergehen, und weil Politik nun einmal eine Tätigkeit im Dienst ganz bestimmter Zweckideen ist. Es muß also die Frage, ob der Zweck erreicht wurde oder nicht, ausschlaggebend für die Beurteilung der Politik selbst sein.

Ein Alexander, der in Persien dem Ansturm der Kriegerscharen des Großkönigs erliegt, ist bestenfalls ein interessanter Abenteuerer. Der Alexander, der das Perserreich zerstörte und ein eigenes Weltreich begründete, empfindet die Weisheit des Großen. Unter Umständen kann natürlich auch ehrenvolles Unterliegen ruhmvoll sein, nämlich dann, wenn von vornherein die Machtverhältnisse dem Unterliegenden kaum noch eine Chance lassen und er dennoch für eine große Idee den Verzweiflungskampf wagt. So zählen Hannibal, Vercingetorix und Teja mit Recht zu den Heldengestalten der Weltgeschichte. Aber, wie gesagt, das sind Ausnahmen. Überall dort, wo planmäßig und mit Proklamation der Zukunft eine große Angriffssaktion eingeleitet wird, da muß der Erfolg dem Führer recht geben, oder der Führer bleibt mit seiner Autorität auf der Strecke.

Würde die Deutschnationale Volkspartei ihre Politik auf der Linie positiver Mitarbeit am Staate weiterhin durchgehalten haben, dann würde man etwaige Rückschläge und Mißerfolge als etwas zu beurteilen haben, was nun einmal von einer verantwortungsbewußten Partei hinzunehmen ist, was ihr aber gewiß nicht zu dauerndem Schaden gereichen kann. Zumal dann nicht, wenn es gelingt, die Absichten der Partei (positive Mitarbeit am Staate) klar und eindeutig herauszuarbeiten. Eine Partei wie die Deutschnationale Volkspartei kann eben ihrer ganzen Struktur und ihrer ganzen Vergangenheit nach immer nur eine Partei der Staatsverwaltung sein. Sie wird sich einer Krisis aussetzen, sowie sie dauernd oder in überhöhter Form aggressive Oppositionspolitik betreibt. Höchstens dann, wenn die übrigen am Staate interessierten Parteien die Deutschnationalen geflissentlich und grundsätzlich von der Mitarbeit ausschließen wollten, könnte eine solche Politik der Regierung einigermaßen berechtigt erscheinen.

Als Hugenberg die Führung der Deutschnationalen Volkspartei übernahm, hat er ganz unzweideutig erkennen lassen, daß er der Diktator sein wolle, und daß er seinen ganzen Einfluß für eine Politik der Opposition und der Regierung des heutigen Staates einzusetzen gedente. Er ging von Anfang an auf der ganzen Linie zum Angriff über. Und der Erfolg? Eine Erschwerung unserer Außenpolitik, eine Vergrößerung der innerpolitischen Gegensätze und ein Trümmerhaufen in seiner Partei selbst! Das spricht nicht für die Strategie des Herrn Hugenberg. Seine Offensive hat ihr Ziel nicht erreicht. Dem heutigen Staat hat sie ernstlich keinen Abbruch getan. Aber das Angriffsheer selbst befindet sich in Unordnung und Zerrüttung. Wann wird Hugenberg den Rückzugsbefehl geben? Oder wird man ihn zuvor seiner diktatorischen Gewalt entkleiden müssen?

Wenn rücksichtslose Entschlossenheit und engstirniger Eigensinn allein die politischen Erfolge garantieren könnten, dann würde Herr Hugenberg jetzt besser dastehen. Faktisch hat er mit seiner Hartnäckigkeit seine eigene Partei auseinandergeprengt und damit dem Nationalsozialismus in die Hände gearbeitet. Die drei Reichstagsabgeordneten, gegen die auf Hugenbergs Befehl das Ausschlußverfahren eingeleitet worden war, die Abg. Lambach, Hülfner und Hartwig, haben dies Verfahren erst gar nicht abgewartet, sondern sind aus der Partei und der Fraktion ausgetreten. Und ihnen sind a tempo die Abg. Klönne, Lejeune-Jung und Treviranus gefolgt. Man spricht aber davon, daß noch eine ganze Reihe anderer Abgeordneter aus der Partei auscheiden wird. Geplant sei die Bildung einer besonderen Fraktion im Reichstag mit dem Namen „Christlichsoziale Volkspartei“. Sie werde etwa 18 Abgeordnete umfassen. Die Vorgänge würden, wie es heißt, auch auf die preussische Landtagsfraktion zurückwirken; auch dort sei mit dem Austritt mehrerer Abgeordneter zu rechnen.

